

»DENKBLOCKADEN

BEWEGUNG KOMMT AUS DEN BEINEN UND FÄNGT IM KOPF AN



Warum Bachelor-Studiengänge krank machen...

Warum Noten nicht beim Lernen helfen...

Warum in Frankreich die Universitäten bestreikt werden...

Was eine Lerngruppe mit Ellenbogen zu tun hat...

Wieso in Krisenzeiten die Deutschlandkarte wieder ausgepackt wird...



»INTRO

We don't need no education?!

Oder: Wie das Ungeheuer sein Bildungsunwesen treibt.

Das Bildungswesen, ein großer Scherbenhaufen vor dem wir da stehen? Vielleicht eher in dem wir mittendrin sitzen. Das ist für die meisten schon mehr als das übliche Gepiekse, dass jedeR aus dem Alltag kennt: Junge Erwachsene, Jugendliche und Kinder aber auch Beschäftigte im Bildungssektor sehen sich nicht erst seit kurzem ein paar üblen Zurichtungen ausgesetzt. Da wird gespart, gekürzt und angepasst. Dem festen Tritt in den Arsch folgt die alte Leier: geht nicht anders, das Säckle ist leer, und jetzt zur „Krise“ sowieso...

...jedoch, so richtig gut lief es früher ebenfalls nicht, und das hat mit der Rolle von Bildung in der heutigen Gesellschaft zu tun. Dem Bildungswesen wird im Kapitalismus schon immer ein doppelter Auftrag zuteil. Erstens ist es die Grundfunktion der Bildungsanstalten, künftige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dazu zu befähigen, sich mittels Hirn, Nerv und Muskel später einmal möglichst profitabel in Hand- und Kopfarbeit verdingen zu können. Zweitens wird im Bildungssektor auch am ehesten die vorherrschende Art und Weise zu Denken vermittelt – später tanzt dann keineR so schnell aus der Reihe. Der Bildungsbereich ist von enormer Bedeutung zur Wiederherstellung der gesellschaftlichen Arbeitskraft einerseits und als Ort der Sozialisierung zur Ideologieverbreitung andererseits.

Trotz seiner fundamentalen Funktion für die Gesellschaft ist der Bildungssektor eingebettet im Sozialen Bereich in der Politik eher Pflicht als Kür. Eine großzügige Finanzspritze für den Sozialen Bereich zu Krisenzeiten? Fehlanzeige! In KiTas werden keine Autos produziert und Freizeitheime exportieren keine Maschinenteile. Der Soziale Bereich bleibt im öffentlichen Haushalt primär Kostenfaktor. Mittels Privatisierungen, Einsparungen und der zunehmenden Einrichtung prekärer Beschäftigungsverhältnisse soll dieser immerhin etwas gedrückt werden. Diese Politik findet ihren Ausdruck unter anderem in überfüllten Schulklassen, der Schließung unwirtschaftlicher Studiengänge oder der viel zu geringen Anzahl von Kinderbetreuungsangeboten. Die Kosten umzulegen, und Bildung einfach gleich gegen Bares zu verkaufen, zum Beispiel in Form von Studiengebühren und der Abschaffung der Lehrmittelfreiheit, erfreut sich ebenfalls immer größerer Beliebtheit.

Parallel dazu werden Lehrinhalte an Markterfordernissen nicht mehr nur orientiert, sondern diesen völlig unterworfen.

Ziel ist die direkte ökonomische Verwertbarkeit der in Schulen, Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen erworbenen Qualifikationen.

Das Spektrum des Bildungswesen vereint dabei in seiner heutigen Ausformung durchaus gegenläufige Prinzipien. Auf der einen Seite wird bis zum geht-nicht-mehr selektiert. Durch Noten und Gebühren werden soziale Ausschlüsse produziert und entschieden, wer gesellschaftlich gebraucht und wer nicht gebraucht wird. Während sich die einen immer weiter durch die Konkurrenz kämpfen, landen die Überflüssigen vielfach in Schulen, die der bloßen Aufbewahrung von Jugendlichen dienen.

INHALT:

Seite 2:

»We don't need no education?!

Seite 4:

»Sick of it all

Seite 5:

»Interview:
Bachelor Studentin

Seite 6:

»Lernen für Noten?

Seite 8:

»Interview: Jenseits
von Deutschland

Seite 9:

»Schnarch - laber -
jammer

Seite 11:

»Ich krieg' die Krise

Von den Kürzungen und der Zurückdrängung sozialer Errungenschaften sind Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Freizeitheime gemeinsam, aber auf unterschiedliche Weise, betroffen. Die folgenden Beiträge machen dies ausschnittshaft deutlich. Mit der vorliegenden Zeitung wollen wir die unterschiedlichen Perspektiven von SchülerInnen, Studierenden und Beschäftigten, aufgreifen und zusammenbringen.

Von der prekären Lage der derzeit Studierenden, die sich gleichzeitig vermehrt selbst verwalten und dabei kaputt zu gehen drohen, über eine grundsätzliche Kritik an Noten und der Analyse ihres Zwecks im Kapitalismus, kommen wir zu den Lehrenden, die neben der „normalen“ Arbeitsüberlastung und Ausbeutung eines sozialen Berufes sich immer mehr einem Konkurrenzdruck ausgesetzt fühlen. Wir wollen auch den Blick auf aktuelle Auseinandersetzungen im Bildungsbereich werfen; dazu dient das Interview über den derzeitigen Streik an französischen Universitäten. Um nicht bei der Analyse stehen zu bleiben, machen ein paar kurze Texte mögliche Perspektiven für ein anderes Lernen bzw. Studieren auf.

Erfahrungen aus gewerkschaftlichen Arbeitskämpfen und politischen Protesten sozialer Bewegungen zeigen, dass gemeinsame Interessen am wirksamsten eben auch gemeinsam durchsetzbar sind. Für eine sowohl kurzfristig wirksame als auch weiterführend emanzipatorische Widerständigkeit gegen den herrschenden Wahnsinn ist eine Kombination von Zielsetzungen notwendig. Selbst im Haushalt mit den rötlichsten Zahlen gibt es finanzielle Spielräume. Es muss immer wieder erkämpft werden, auch mit der Formulierung ganz konkreter Forderungen, dass politische EntscheidungsträgerInnen

diese Spielräume auch ausschöpfen, um kurzfristige Erleichterungen schnell zu erreichen. Davon, sich in der populären Standortlogik zu versteigen und – aus der Position des besseren Betriebswirts heraus - zu argumentieren, dass die auf der Abschlusliste befindliche Einrichtung XY oder der Studiengang YZ ja doch ganz wirtschaftlich sei, ist abzuraten. Konkurrenzverhältnisse und Verwertbarkeitsdenken werden damit nämlich von vorn herein fraglos akzeptiert. Dass es mit der Finanzierbarkeit offensichtlich immer wieder hapert, regt nicht zuletzt dazu an, Prinzipien wie dieses einmal einer gründlichen Kritik zu unterziehen. Eine gute kostenfreie Bildung für alle ist nicht finanzierbar? Dann stimmt wohl etwas mit der Finanzierbarkeit nicht. Damit sich wirklich etwas ändert, müssen gesellschaftliche Ursachen, auf denen das heutige Bildungssystem beruht, kritisiert und angegangen werden.

In vielen anderen Ländern, wie Frankreich, Italien und Spanien, rebellieren gescholtene SchülerInnen, Studierende, LehrerInnen und ProfessorInnen. Mit Demonstrationen und Aktionen des Zivilen Ungehorsam setzen sie sich zum Teil sehr erfolgreich gegen neuere Schul- und Hochschulreformen zur Wehr. Der bundesweite Schulstreik Ende 2008, sowie die letzten Arbeitskämpfe von LehrerInnen, PädagogInnen und Erzieherinnen im öffentlichen Dienst lassen zumindest durchscheinen, dass auch hierzulande im Bildungsbereich die Unzufriedenheit und die Bereitschaft, für die eigenen, gemeinsamen Interessen auf die Straße zu gehen, wachsen.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

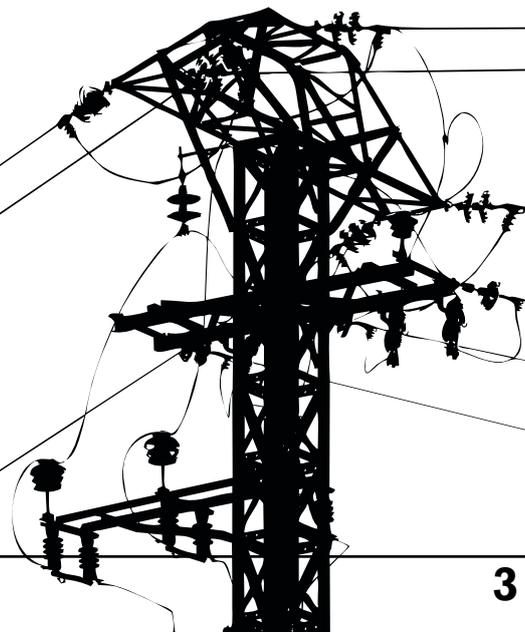
Avanti - Projekt undogmatische Linke, Juni 2009



Impressum:

Herausgeberin: Avanti - Projekt undogmatische Linke
c/o Infoladen St.-Pauli-Str. 10-12, 28203 Bremen
V.i.S.d.P.: Klaus Moser, Paukerstr. 12, Bremen

Bildnachweis: Seite 12 Maccaroni @ photocase
Entstanden im Mai/Juni 2009





»SICK OF IT ALL..

Sick of it all..

Über den Zusammenhang von Ich-Ag's und Krankheiten

An den Hochschulen hat sich in den letzten 10 Jahren ein massiver Wandel vollzogen: Gehörte es in den 90er Jahren in den Geisteswissenschaften fast schon zum guten Ton, 14 Semester oder mehr zu studieren, um so Zeit zu haben, sich mit der Materie intensiv auseinandersetzen, so werden wir jetzt dazu angehalten, schnell und berufsorientiert zu studieren. Der Druck auf dem Arbeitsmarkt ist hoch: Wer es zu etwas bringen will, sollte heute nicht nur in kürzester Zeit mit super Noten studieren, sondern dabei auch noch möglichst viele Auslandssemester, Praktika und berufsnahe Jobs neben dem Studium absolvieren. Ob in Magazinen wie dem „Unispiegel“, von ProfessorInnen oder im Gespräch mit anderen Studierenden - überall kriegen wir vermittelt, wie wichtig es ist, uns ins Zeug zu legen, wenn wir auf dem Arbeitsmarkt nicht ins Hintertreffen geraten wollen.

Dieser Druck wird ebenfalls durch den tiefgreifenden Umbau der Hochschulen befördert, den wir in den letzten Jahren erleben. Kern der Umstrukturierungen der Hochschullandschaft waren und sind die flächendeckende Einführung von BA/MA-Studiengängen, Studiengebühren, Entdemokratisierung und Einführung von Steuerungsmechanismen aus der Wirtschaft, sowie eine verstärkte Anbindung der Hochschulen an wirtschaftliche Interessen. Dieser Umbau geht einher mit der gesamtgesellschaftlichen Durchsetzung neoliberaler Modelle, die das Ziel verfolgen, gesellschaftliche Prozesse über die „unsichtbare Hand des Marktes“ zu regulieren. Bei öffentlichen Institutionen wie Universitäten

funktioniert das in der Regel über die Simulierung von Marktmechanismen über künstlich erzeugte Konkurrenz, Qualitätsmanagement, Herstellung von Vergleichbarkeit von Leistungen etc.

Das neoliberale Projekt ist eine Antwort auf die sozialen Bewegungen der 60er und 70er Jahre. Diese machten sich an den Hochschulen in der Form bemerkbar, dass sich viele junge Leute die Universität als einen Freiraum aneigneten, bei dem es nicht primär um eine Qualifikation für die spätere Erwerbsarbeit ging, sondern wo sie jenseits des Zwangs zur Lohnarbeit ein paar Jahre ihren eigenen Interessen nachgehen konnten. Der Umbau der Hochschulen zielt darauf ab, das Hochschulwesen nach wirtschaftlichen Maßstäben effizienter zu gestalten - die Studierenden sollen innerhalb von möglichst kurzer Zeit möglichst viel auf dem Arbeitsmarkt verwertbares Wissen sammeln. Gesellschaftskritische Lehrinhalte und Erfahrungen mit Widerstand wie z.B. durch Uni-Streiks sind nicht nur schwer auf dem Arbeitsmarkt verwertbar, sondern können sich auch auf die Leistungsbereitschaft der HochschulabsolventInnen auswirken.

Die Veränderungen der Hochschulen betreffen direkt die Subjektivität, das Bewusstsein und das daraus resultierende Handeln der Studierenden. Dabei wird zwei Logiken gefolgt, die sich nur scheinbar widersprechen:

Als Studierende werden wir einerseits dazu angehalten uns als Unternehmer unserer Selbst zu begreifen und alle unsere Tätigkeiten im Hinblick auf die Qualitätssicherung unseres eigenen „Humankapitals“ auszurichten. Das Leitbild des „Unternehmers seiner selbst“ basiert dabei darauf, dass wir uns selbst dazu motivieren, uns weiterzubilden und unsere Qualifikationen zu verbessern. Wir werden dazu angehalten ständig aktiv zu sein, um nicht den Anschluss zu verlieren. Ein effizientes Selbstmanagement beinhaltet auch, dass wir uns um unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden kümmern - denn nur wer gesund und gut gelaunt ist, ist in der Lage, gute Arbeit abzuliefern. Das Leitbild des Unternehmers seiner selbst ist eine „Realfiktion“, die Anforderungen stehen teilweise so stark im Widerspruch zueinander, dass sie unerreichbar sind. Andererseits werden der nach dem Leitbild des Unternehmers seiner selbst eingeforderte Eigenständigkeit enge Grenzen gesetzt: das Studium unter BA/MA-Bedingungen ist massiv reguliert, bietet kaum Spielräume für eigene Schwerpunktsetzungen und basiert auf einem hohen Druck durch Noten - inklusive der Angst, durchzufallen. Der Versuch, Arbeitsleistungen genau zu erfassen, um Investitionen in Bildungsprozesse effizienter zu gestalten führt zu einer Bürokratisierung, weil Credit Points berechnet, Studiengänge extern akkreditiert und in allen möglichen Bereichen Leistungen evaluiert werden müssen.



»Interview mit einer Bachelor Studentin

Der Kern der Entwicklungen mit denen wir uns in den letzten Jahren konfrontiert sehen, ist eine enorme Verdichtung von Arbeitszeit mit der Folge, dass wir kaum noch Freizeit haben. Die Veränderungen im Bildungssystem sind ihrerseits Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Prozesse. Selbst die, die das Privileg haben, studieren zu können, erwarten nach ihrem Abschluss keine gesicherten Arbeitsverhältnisse mit maximal 40 Stunden Lohnarbeit pro Woche, sondern mehrere Jobs gleichzeitig, wenig Bezahlung, keine klare Trennung zwischen Arbeit und Freizeit und wenig Zeit für Dinge, auf die sie Lust haben.

Welche Auswirkungen diese Entwicklungen haben, zeigt der französische Soziologe Alain Ehrenberg auf. Der Apell, immer aktiv sein zu müssen, und das gesamte Leben unter dem Blickpunkt der Optimierung des eigenen Humankapitals zu betrachten produziert das „unzulängliche Individuum“: „Weil die Anforderungen unabschließbar sind, bleibt der Einzelne stets hinter ihnen zurück, weil der kategorische Imperativ des Marktes einen permanenten Ausscheidungswettkampf in Gang setzt, läuft er fortwährend Gefahr, ausgesondert zu werden“. Waren die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts gekennzeichnet durch eine Kultur des Verbots und des Gehorsams, bei dem jeder einem Gesetz und einer strengen Disziplin unterworfen war, und die auf die Hemmung abzielte, so zählen jetzt individuelles Handeln und Leistung, die Gehemtheit wird zur Funktionsstörung. „Das Individuum wird institutionell gezwungen, um jeden Preis zu handeln, und sich dabei auf seine inneren Antriebe zu stützen. Es ist eher initiativ als gehorsam, es fragt eher was zu tun möglich, als was zu tun erlaubt ist.“ Die Depression und mit ihr verbunden diverse Abhängigkeiten finden wachsende Verbreitung und lösen die Neurose als typische psychische Krankheit ab. Das „Deutsche Studentenwerk“ beklagt sich, dass immer mehr Studierende unter der Last des enormen Arbeitspensums und des Leistungsdruck zusammenbrechen. Bei den psychologischen Beratungsstellen an den Hochschulen melden sich immer mehr Studierende mit „Manager-Syndromen“ wie Burn-Out, Schlafstörungen und Prüfungsangst, ständige Kopfschmerzen und Übelkeit.

Wenn wir an all dem wirklich etwas verändern wollen, dann müssen wir die gesellschaftlichen Interessengegensätze in den Blick nehmen: Den Gegensatz zwischen unserem Bedürfnis nach einem angenehmen Leben, nach Zeit für FreundInnen, und um unseren Lieblingsbeschäftigungen nachzugehen auf der einen Seite und dem Interesse von Wirtschaftsunternehmen auf der anderen Seite nach

Welche Tragik und Unausweichlichkeit sich aus der „Realfiktion“, wie sie im vorigen Artikel beschrieben wurde, in der alltäglichen Erfahrungswelt der Studierenden ergibt, soll der folgende Ausschnitt aus einem Interview mit einer jungen Sozialwissenschaftsstudentin (S.) nachvollziehbar und nachempfindbar machen.

Machst du am Wochenende eigentlich auch noch Sachen für die Uni?

S: Es ist ja so, du kannst ganz, ganz viel machen und du kannst auch ganz, ganz wenig machen und es ist dir eigentlich selber überlassen. Aber vor den Klausuren, die du bestehen willst, da musst du was machen, und da musst du lernen, sonst bestehst du die Klausur nicht.

Und die Klausuren, und am Ende werden die ja auch zu der BA-Note verrechnet und...

S: Ja! Und man kommt teilweise schon auf die Idee, die Klausur lieber durchzustreichen, als sie mit 3,7 oder so abzugeben. Ich stehe da echt so unter Druck, weil ich einen Superabschluss machen und dann ins Ausland gehen will. Wenn ich mir während des Studiums die richtigen Praktikumsstellen suche und was erreiche, dann glauben sie mir, dass ich das will und dass ich das machen kann. Dabei ist die Note natürlich nicht alles, aber man sollte auch nicht mit 'ner 3,7 abschließen, das geht dann wirklich nicht mehr. Man steht echt nur unter Druck, weil man weiß, dass jeder nur für die bekloppte Bachelornote in die Klausur reingeht und ich dachte vor der Klausur: Ok, wenn du nicht genug von den Fragen beantworten kannst, streichst du durch und gibst nicht bestanden ab, bevor ich da mit 'ner 3,4 rausgehe.

In dem Sinne machst du dir ja schon über deine berufliche Zukunft Gedanken, wenn du jetzt an den Master Bildungswissenschaften denkst und so...

S: Ja, ich möchte den Master machen, und dafür brauchst du ja auch ,nen bestimmten Durchschnitt, und ich möchte das auf jeden Fall machen. Einerseits würd' ich gern sagen „Egal, mich interessieren die Noten nicht“, aber auf der anderen Seite kann ich's mir nicht erlauben, das komplett schleifen zu lassen. ...

Wo spürst du das beim Lernen?

S: Ja, in solchen Momenten zum Beispiel, wo man eigentlich keinen Bock drauf hat, dass man es vorgesetzt kriegt. Weil wenn du's nicht tust und durchfällst und dir deine Klausuren versaust, dann... Ne, eigentlich noch krasser: Ob dir das gefällt oder nicht, du musst es machen und wenn du's versaust, dann bist du exmatrikuliert und dann kannst du eben nicht vielleicht irgendwann in Lateinamerika mit ,nem Abschluss das machen, was du möchtest. Weißt du so, das ist super schwierig. Ich möchte das ja von mir aus machen, aber dazu muss ich dauernd Sachen machen, auf die ich keinen Bock hab.



Beschäftigten, die jederzeit zur Verfügung stehen, so wenig wie möglich kosten und hochmotiviert ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Die Probleme an der Wurzel packen heißt, für eine grundsätzlich andere Gesellschaft zu kämpfen, in der nicht wir uns nach den Interessen der Wirtschaft ausrichten müssen, sondern die Wirtschaft demokratisch reguliert wird und nicht mehr auf dem Zwang der Maximierung von Unternehmensgewinnen basiert.

Auch wenn eine solche Gesellschaft derzeit in weiter Ferne zu sein scheint, können wir etwas dafür tun. Für

alle Kämpfe im Bildungsbereich ist es dabei wichtig, den realen Druck zur Ökonomisierung des eigenen Lebens ernst zu nehmen. Denn linke Moral und besserwisserisches Gehabe gehen oft an den Lebenswirklichkeiten der Leute vorbei, die wir erreichen können. Wir wollen im Hier und Jetzt dafür kämpfen, dass die Hochschulen demokratisiert und der Einfluss der Wirtschaft zurückgedrängt werden, dass unsere Studiengänge uns Zeit für eigene Interessen lassen und sämtliche Hürden im Bildungsbereich wie Studiengebühren und Numerus Clausus abgeschafft werden.

» NOTENKRITIK **Lernen für Noten?** *Eine komische Musik ist das...*

Es gibt ja eine landläufige Meinung unter SchülerInnen über Schule und die ist, dass Schule erstmal Scheiße ist. Dass es auch andere Meinungen gibt, ist klar, aber das ist rein objektiv gesehen der Grundtenor. Doch es war nicht immer so, dass SchülerInnen nicht gerne zur Schule gingen. In den ersten beiden Grundschuljahren gingen viele von uns sehr gerne in die Schule, ja, man wollte etwas lernen und fand es ungemein aufregend, die ersten Wörter lesen oder rechnen zu können. Man hatte ja auch noch keine Noten - und selbst die CDU würde es nicht wagen, Noten für die ersten Schuljahre zu fordern. Wofür das bezeichnend ist und wie Lernen im Kapitalismus funktioniert, soll im folgenden erläutert werden.

Wenn ich also in die Schule gehe, kriege ich zuerst Lernstoff. Mal angenommen, ich soll den Dreisatz lernen, da gibt es dann einen bestimmten Zeitraum, meinerwegen drei Wochen, in dem ich den Dreisatz lerne und am Ende steht eine Arbeit. Es ist zwar unlogisch, dass alle in gleichem Maße gefördert werden bzw. zum gleichen Zeitpunkt alles gelernt haben, aber so ist das halt. Ob ich das bis dahin verstanden habe, ist faktisch auch egal. Wichtig ist die Note. Ich werde also benotet und das soll dann eine Rückmeldung sein, darüber, ob ich alles verstanden habe. Was genau ich aber verstanden habe und was nicht, das sagt mir die Note nicht.

Der Zweck der Note scheint also nicht zu sein, mir beim Nacharbeiten des Lernstoffes zu helfen. Im Gegenteil: Mal angenommen, du lernst alles nach und gehst dann zur/m LehrerIn, um ihr/ihm zu beweisen, dass du den Stoff jetzt kannst, und bittest um eine bessere Note. Dann lacht sie/er dich wahrscheinlich nur aus.

Ein weiterer Aspekt ist, dass nicht alle Schülerinnen eine gute Note kriegen können, selbst wenn es alle verstanden haben. Ansonsten heißt es schnell, die Klausuren von Herrn Müller sind zu leicht, da haben ja alle eine Eins geschrieben, bzw. auch umgekehrt, die Klausuren sind

zu schwer, weil niemand über eine 4 hinausgekommen ist. LehrerInnen brauchen immer eine gewisse Verteilung von guten und schlechten Noten, bzw. müssen denen, die schnell verstehen und sich dabei grundsätzlich konform verhalten, gute Noten geben.

Ein lustiges Beispiel aus der Frankfurter Rundschau dafür, dass Noten keine objektive Rückmeldung über verschiedene Leistungen sind, sondern durch sie mit Absicht ein Leistungsgefälle geschaffen wird, ist das von ungarischen LehrerInnen, die bessere Löhne forderten. Als dieses (berechtigte) Anliegen aber abgelehnt wurde, griffen sie auf eine ungewöhnliche Form des Protests zurück: Sie gaben einfach allen SchülerInnen eine Eins. Daraufhin regten sich ganz schnell Stimmen, die meinten, die LehrerInnen sollten schnell mehr Geld kriegen und so kam es dann tatsächlich auch. Dasselbe Druckmittel haben gerade auch französische Professoren angekündigt, damit ein Regierungsdekret zur Arbeitszeit der Hochschullehrer zurückgenommen wird.

Noten haben also nicht den Zweck, eine konstruktive Rückmeldung bezüglich des Lernstoffes zu sein, sondern dienen dazu, SchülerInnen in unterschiedliche Leistungskategorien zu sortieren, bzw. für den Arbeitsmarkt vorzusortieren. Das ist dann auch eines der drei Hauptanliegen, für die die Schule ihren Anlass findet: die Selektion. Im Kapitalismus können nun mal nicht alle Leute Banker werden, sondern man braucht verschieden (gut) ausgebildete Arbeitskräfte. Deswegen werden schon in der 4ten Klasse SchülerInnen in gut und schlecht bzw. in Gymnasium und den Rest selektiert. Die GymnasiastInnen gehen dann meistens den akademischen Weg - einige von ihnen werden zur Elite, andere schlagen sich als prekär beschäftigte WissensarbeiterInnen durchs Leben. Der Rest hört nach der 10ten Klasse auf mit

Schule und kriegt die Restjobs. Dass das nicht bei allen so ist, mag sein, aber Ausnahmen bestätigen die Regel.

Ein anderer Zweck von Noten ist die Disziplinierung. Also wenn jemand aufmuckt oder sich abweichend der Norm verhält, kriegt er/sie ganz schnell eine schlechte Note. So war das auch bei mir, ich war irgendwann in meiner Pubertät, so in der achten Klasse, ziemlich „rebellisch“ und hab dann sofort schlechte Noten bekommen und war wieder still. Das ist auch sonst so in der Gesellschaft. Wer der gesellschaftlichen Norm nicht entspricht, wie Homosexuelle, Punks oder MigrantInnen, kann in verschiedenen Situationen wie z.B. der Arbeitssuche Probleme kriegen. Man lernt also, sich bzw. seine Bedürfnisse anderen unterzuordnen. Aber das ist nicht das Einzige, was man in der Schule lernt.

Konkurrenzdruck, also dass man zum Beispiel selbst seine Freunde nicht abschreiben lässt (bzw. lassen soll) ist ein grundlegendes Moment, welches den Kapitalismus auszeichnet. Stichwort „Ellbogengesellschaft“.

Der dritte Zweck neben Selektion und Disziplinierung ist natürlich Bildung, was viele SchulkritikerInnen sonst gerne mal unter den Tisch fallen lassen. Der Kapitalismus braucht ja qualifizierte Arbeitskräfte. Diese müssen aber möglichst preiswert ausgebildet werden, was man an Beispielen wie z.B dem Abitur in 8 Jahren sieht. Bei aller Privatisierung von Bildungseinrichtungen, die Schulpflicht bleibt. Denn wie sonst würde sichergestellt, dass es eben (zumindest) den Nachwuchs gibt, den es braucht.

Die Konsequenz aus dem Ganzen ist also, dass es sich nicht lohnt, die ungerechte Verteilung von Noten zu kritisieren, ohne die gesellschaftlichen Strukturen ins Auge zu nehmen, die diese erforderlich macht. Ausweichmanöver wie z.B. Lernentwicklungsberichte sind eben genau das: das gleiche Ziel mit vermeintlich anderen Mitteln.

Wir sagen: Noten abschaffen!

»Ellenbogen einfahren! Solidarisch lernen!

Trotz der perfiden Umgestaltungen des Bildungssystems, zum Beispiel per Schulreformen und Bologna Prozess, gibt es Möglichkeiten, sich den Studien- und insbesondere Klausurenalltag erträglicher zu gestalten. Neben dem studiumsbezogenen Lerneffekt birgt das folgende Beispiel außerdem das Potenzial, sich einmal ausgiebig mit Prüfungs-, Konkurrenz- und Sachzwängen auseinanderzusetzen.

Solidarisches Lernen in einer Lerngruppe ist ein Gegenentwurf zum weit verbreiteten konkurrenzartigen Denken - und Lernen unter StudentInnen. Es schafft Raum für Gemeinsamkeit, entlastet Einzelne, vermehrt Wissen und fördert nicht zuletzt das Verständnis der Inhalte.

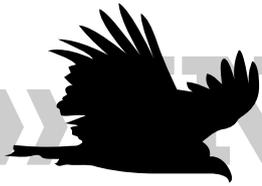
Mehrere Leute kommen zu (regelmäßigen) Treffen zusammen, stimmen über die zu besprechenden Themen ab und formulieren gemeinsame Ziele. Als Materialgrundlage kann es voll und ganz reichen, dass jedeR die eigenen Aufzeichnungen, Zusammenfassungen etc. mit den anderen teilt. JedeR Einzelne muss also insgesamt weniger arbeiten und hat im Endeffekt mehr davon.

In der gemeinsamen Runde gibt es darüber hinaus die Möglichkeit, persönliche (Lern)Probleme anzusprechen und mithilfe der Erfahrungen von anderen zu lösen.

Materialien können auf einem Blog im Netz für alle Interessierten bereitgestellt werden. Den nicht direkt in eine Lerngruppe eingebundenen Studis fällt dann auch auf, dass mehrere Leute hilfreiche Dinge ganz selbstverständlich ohne eine Gegenleistung zu fordern zur Verfügung stellen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass diese Sache durchaus einen Eindruck hinterlässt und auch andere dazu bringt, sich zu beteiligen.

Wenn die Lerngruppe nicht nur prüfungsbezogen, sondern über einen längeren Zeitraum besteht, kann in diesem Rahmen die eigene Situation an der Uni kritisch reflektiert werden. Eine Kollektivierung von Aufgaben und Stress macht diese leichter zu bewältigen. Es können in der Gruppe zum Beispiel eigene Studienverlaufspläne, die das Bachelor-Studium entzerren, sprich: auf mehr Semester ausdehnen, aufgestellt werden. Durch das gemeinsame Lesen von außer-lehrplanmäßiger Literatur können eigene Schwerpunkte gesetzt und die vermeintliche Wichtigkeit des Vorlesungsstoffes durch wirklich wichtige Themen, wie zum Beispiel gesellschaftskritische Theorien, ergänzt werden.

Die Erfahrung, die eigene Vereinzelung zu überwinden, entlarvt deren Naturgesetzmäßigkeit als bloßen Schein. Nicht selten geben solche kleinen Projekte, an der Uni oder anderswo, den Anstoß dafür, sich auch darüber hinausgehend gemeinsam mit anderen zu organisieren.



Jenseits von Deutschland...

Interview mit französischen activist@s



1. Könnt ihr euch kurz vorstellen?

Wir sind Studierende der Universität Toulouse, le Mirail 2, die im Rahmen der Protestbewegung ein internationales Gremium („Commission International“) gegründet haben.

2. Wir haben gehört, dass in Frankreich überall Universitäten besetzt sind. Könnt ihr was zu der aktuellen Situation bei Euch in Toulouse sagen?

In Frankreich ist der Streik dieses Jahr geprägt von enormer Dauer und Intensität von Seiten der Studierenden und ProfessorInnen, aber auch von starker Repression seitens der Regierung, der Direktionen der Universitäten und der Polizei. Die Ausgangssituation ist dieses Jahr eine besondere, da es die Lehrbeauftragten und ProfessorInnen waren, die diesen Streik Ende Januar initiierten. Dieses erste Moment des Protests wurde von den Studierenden aufgegriffen, um gegen die Gesamtheit der Reformen des LRU („Gesetz für die Freiheit und die Verantwortlichkeit der Universitäten“) zu demonstrieren. Einziges Mittel, um einen aktiven Protest zu ermöglichen, war die vollständige Blockade der Universität. Somit ist in Toulouse seit Anfang Februar der Lehrbetrieb eingestellt.

3. Für welche Ziele kämpft ihr?

In erster Linie wollen wir die kompromisslose Abschaffung der Reformen im Rahmen des LRU erreichen. Diese beinhalten soviel wie die Privatisierung der Universitäten und des Studentenwerks. Im Ganzen zielen unsere Forderungen auf die Rücknahme der Reformen im Rahmen des Bolognaprozesses. Wir fordern den freien und kostenlosen Zugang zur Bildung für jeden, eine Universität, die nicht von privaten kommerziellen Interessen geleitet ist, staatliche Finanzierung der Universitäten, Studienbeihilfen nach sozialen Kriterien und die Gleichstellung ausländischer Studierenden ohne Papiere.

4. Wie sieht Euer Protest aus? Welche Aktionsformen nutzt ihr?

Der Protest an den Universitäten organisiert sich in basisdemokratischen politischen Strukturen, wie etwa Vollversammlungen (zweimal die Woche) und verschiedenen Komitees, die die Entschlüsse der Vollversammlungen umsetzen. Es gibt verschiedene Kommissionen (z.B. für Medienarbeit, Aktionen, internationale Kontakte), Arbeitsgruppen und

Diskussionsrunden. Es werden Artikel geschrieben, Aktionen und Demonstrationen organisiert, und außerdem findet – auf nationaler und internationaler Ebene – eine Koordination mit anderen Universitäten und Sektoren im Streik statt. Über verschiedene Aktivitäten wird versucht, den Protest in die Öffentlichkeit zu tragen.

5. Die Uni ist blockiert. Wie nutzt ihr den Freiraum?

Im Gegensatz zur medialen Darstellung der Situation ist die Universität seit über drei Monaten alles andere als tot. Die Studierenden und ProfessorInnen im Streik haben sich hier einen Freiraum erkämpft und gestaltet, der lebendiger ist als jeglicher Unterricht, den wir hier in den Seminaren jemals haben könnten. Zu Beginn des Streiks hielt ein Teil der ProfessorInnen weiterhin Unterricht, was eine breite Mobilisierung der Studierendenschaft verhinderte. Die spätere Einstellung des Lehrbetriebs war also die Grundvoraussetzung für einen solchen aktiven und umfassenden Kampf, wie ich ihn oben beschrieben habe. Die Blockade erlaubt allen Studierenden an den Protesten teilzunehmen ohne in Bedrängnis zu geraten, den verpassten Unterrichtsstoff nachzuholen. Wir haben uns diese Universität angeeignet – gestalten sie von und für Studierende.

6. Der Vertrag zur Ersteinstellung (CPE) ermöglichte es Unternehmen, Angestellte unter 26 Jahren in den ersten zwei Jahren des Arbeitsverhältnisses ohne Begründung und ohne Vorwarnung zu entlassen. Landesweite Proteste und Streiks setzten die Regierung so unter Druck, dass diese den CPE schließlich zurückzog. Gab es seit dem CPE-Streik andere konkrete Erfolge?

Die Frage des CPE-Streiks ist etwas kompliziert. Der CPE war nur ein Dekret unter vielen im Rahmen des „Gesetzes über die Chancengleichheit“ (Loi sur l'égalité des chances), gegen das wir gekämpft haben. Die Medien und einige Studierendengewerkschaften haben sich auf dieses Dekret fokussiert und somit wurde damals der Sieg gefeiert, als die Regierung dieses Dekret zurückgezogen hat. Alle anderen Forderungen der Studierenden wurden jedoch ignoriert. Ein kleiner Erfolg bleibt es trotzdem, denn es ist schließlich dem studentischen Protest zu verdanken, dass das Dekret nicht durchgesetzt wurde.

7. Wie sieht Eure Zusammenarbeit mit den ProfessorInnen aus? Wie bezieht Ihr Euch auf andere soziale Kämpfe?

Wie bereits erwähnt befindet sich ein Teil der ProfessorInnen mit uns im Streik und gestaltet den Protest mit. Die politische Arbeit beschränkt sich nicht nur auf die universitäre Ebene. Etliche Sektoren sind ebenfalls seit mehreren Monaten im Streik. Die Reformen, die das Bildungssystem betreffen, sind Ausdruck von Entwicklungen, die sich in allen Bereichen der Gesellschaft abzeichnen: Abbau von Sozialleistungen, Konkurrenzdruck, soziale Auslese, Prekarität, Arbeitslosigkeit, Stellenabbau zur Profitsteigerung – kurz: Folgen einer nach kapitalistischen Interessen „funktionierenden“ Gesellschaft. Umso wichtiger ist es den Protest auszuweiten und sich mit ArbeiterInnen

und Gewerkschaften zusammenzuschließen, um einen gemeinsamen Kampf zu organisieren. Auf lokaler Ebene wurden Arbeitsgruppen gegründet, die gemeinsame Aktionen der Sektoren, die sich im Streik befinden, organisieren. Daher ist es unumgänglich, den Protest nach außen zu tragen und öffentlich zu machen. So werden Debatten in der Stadt organisiert, Flugblätter verteilt und Demonstrationen und andere Aktionen durchgeführt, die die Bevölkerung über die Forderungen und Anliegen der Studierenden informieren sollen. So konnte beim Generalstreik am 19. März dieses Jahres eine enorme Mobilisierung auf interprofessioneller Ebene verzeichnet werden, die ca. 3 Millionen Menschen umfasste.

»SCHNARCH Schnarch - laber - jammer Zur Anatomie des Lehrerberufs

Ich bin verbeamteter Lehrer. Ich kann mich nicht beschweren. Ich verdiene gut, muss auch bei schlechtem Unterricht, schlampigen Korrekturen, ja sogar nicht mal bei Dauerkrankheit Angst vor dem Rausschmiss haben. Ich greife mir morgens meinen altbewährten Materialordner und lass die Schüler eine (pädagogisch begründete) Gruppenarbeit machen und präsentieren. Ab nachmittags geht's aufs Sofa und ich blättere TUI- Kataloge durch - der nächste Urlaub naht! Ich bin mit dem Bildungstreikbündnis solidarisch, da für mich die Aktion einer Streikwoche ganz konkret eine Woche weniger Stress bedeutet. Ich möchte dies im folgenden gerne begründen, muss jedoch aus der Anonymität heraus agieren: es gibt einen Berufs- Kodex, demgemäß dies nach Außen nicht an die große Glocke gehängt wird; in der Öffentlichkeit müssen wir jammern, um von unserer privilegierten Situation abzulenken.

Brötchengeber: Staat

Zunächst: Der Beruf des Lehrers ist bestimmt einer der sichersten. Die ganze Prekarisierungsdebatte betrifft uns tatsächlich höchstens indirekt, da die Lebenszeitverbeamtung so ungefähr das genaue Gegenteil eines befristeten Minijobs darstellt. Da sollte man sich tatsächlich auch nichts vormachen lassen, dieser privilegierte Umstand wird von vielen Kollegen nicht reflektiert. Allerdings ist dies nicht unumkämpft, im Zuge der neoliberalen Offensive, des organisierten Angriffs auf die öffentliche Versorgungsfunktion des Staates wird zögerlicher und weniger verbeamtet. In einigen Ländern (MV) wird gar nicht mehr verbeamtet, in anderen Ländern (HH, Niedersachsen) nur noch selektiv.

Zum Beamtendasein kann man natürlich kritisch anmerken, dass es ziemlich uncool ist, sich von einem Staat, dessen Politik man radikal kritisieren und bekämpfen sollte, auch noch die Loyalität bezahlen zu lassen. Allerdings – und das wird am vulgärlinken Stammtisch vergessen- dient der Beamtenstatus nicht nur der Kaltstellung von Kritik sondern trennt auch die öffentliche Sphäre (und unterwirft sie optimalerweise somit demokratischer Kontrolle und

hält sie politisch beeinflussbar) von der „Privatwirtschaft“. Trotz aller Kritik am staatlich organisierten Bildungswesen: Bildung ist ein öffentliches Gut und gehört somit in die Hand des Gemeinwesens. Denn anders betrachtet verspricht ein Bildungswesen, das in Bestimmung der Bildungsinhalte und Beschäftigungsverhältnisse durch Marktmechanismen gelenkt wird (incl. aller marktmachtbedingten Verzerrungen und konjunkturellen Unwägbarkeiten) den Spielraum emanzipatorischer Ansätze noch stärker ein zu dämmen.

Küchenmeister: Schmalhans

Lehrer ist ein Knochenjob. Als Lehrer in Hamburg habe ich mit einer vollen Stelle regulär eine 40- Stunden- Woche und 28 Tage Urlaub. Aber die Ferien!!!! Den Überschuss an „Ferien“ erarbeite ich durch eine Vorleistung in der Unterrichtszeit, indem ich wenn gerade mal keine Ferien sind, eine 46,57- Stunden dauernde Arbeitswoche habe. Ich unterrichte natürlich nicht die ganze Zeit. Meine Arbeitsbelastung wird mit einer je nach Unterrichtsfach unterschiedlichen Faktorisierung erfasst. Beispielsweise habe ich als Politiklehrer in der gymnasialen Oberstufe den Faktor



1,8; das bedeutet, dass ich für 45 Minuten Unterricht ca. 1 Stunde und 48 Minuten Arbeitszeit angerechnet bekomme. In dieser Zeit muss ich neben dem eigentlichen Unterricht noch sämtliche Fachkonferenzen, Korrekturen, Vor- und Nachbereitungen, Abstimmungen mit KlassenkollegenInnen sowie Eltern- und Schülergespräche und Dokumentationen unterbringen. Wenn man jetzt noch in Rechnung stellt, dass die Klassen mit 30 Schülerinnen immer rappellvoll starten kann man sich leicht vorstellen, dass eine Überforderung des Lehrers und eine gleichzeitige Unterversorgung der Schüler vorprogrammiert ist.

Ich bin seit 4 Jahren im Beruf, arbeite derzeit ca. 60 Stunden die Woche und habe dennoch oft das Gefühl, es nicht zu schaffen, weder meinen eigenen Ansprüchen noch den berechtigten Ansprüchen der Schüler gerecht zu werden. Ich bin in 3 unterschiedlichen Bildungsgängen, habe 8 verschiedene Klassen, unterrichte derzeit 212 SchülerInnen. Da bleibt nur die Wahl, wo man Abstriche macht, nicht ob....

Die Regelaufgaben, die wenig mit Unterricht aber viel mit Bürokratie zu tun haben nehmen zu; Zeit für Einzelgespräche, für die individuelle Auseinandersetzung mit den Interessen, Stärken und Schwächen der SchülerInnen bleibt eigentlich nicht.

Neben der fehlenden persönlichen Begleitung wird der Unterricht unter diesen Bedingungen auch schlecht: Bei vielen Kollegen kommt meist ein wenig aktueller und wenig auf die Lerngruppe abgestimmter Standardbrei heraus. Dies alles verdrößt: entweder man stumpft ab, macht Dienst nach Vorschrift, schraubt gnadenlos die eigenen Ansprüche herunter und sieht dann zwangsläufig irgendwann die Schüler - besonders die kritischen - nur nach als störend, sieht Unterbrechungen des Unterrichtsverlaufs, kritische Diskussionen und Bezugnahme auf das aktuelle Tagesgeschehen nur noch als Unterrichtsstörung an. Man versucht als Strategie die Störungen im Vorfeld zu unterbinden und die Störer mittels Druck kalt zu stellen. Oder man versucht korrekt zu bleiben und nimmt die wichtigen Kisten mit in seine Freizeit. Das ist die große Zahl der „Engagierten“. Man guckt eben nicht auf die Stoppuhr sondern macht das, was anfällt. Und da es sich bei menschlichen Beziehungen um komplexe Systeme handelt, ist dies ein Fass ohne Boden. Wie in jedem sozialen Beruf wird man leicht ausbeutbar - davon können natürlich auch andere Berufe (zB. Altenpfleger) ein unschönes Lied singen. Es ist einem schlicht nicht egal, wenn es in einer Klasse knirscht oder es einem Schüler schlecht geht, dann telefoniert man eben, kümmert sich, liest nach und träumt vielleicht sogar davon. Da hilft einem keiner „Stopp“ zu sagen, vielmehr lernt man bereits im Referendariat die permanente Überschreitung der eigenen Belastungsgrenzen und die Vernachlässigung anderer sozialer/kultureller Bezüge als Normalfall zu akzeptieren.

Diese Faktoren zusammen genommen lassen den „Lehrerberuf“ gemessen an der Verantwortung, der Belastung und des gesellschaftlichen Wertes von Bildung als unterbezahlten und unbefriedigenden Beruf erkennen.

Antwort: Gejammer und Vereinzelung

Als Soundtrack zur Durchsetzung der Arbeitszeitverordnung werden Qualitätsentwicklungs- und Managementsysteme aus der so genannten freien Wirtschaft abgekupfert und auf den pädagogischen Bereich aufgepfropft. Diese dienen vordergründig der „Qualitätsentwicklung“ führen aus Sicht der Betroffenen (pädagogisches Personal) durch ihre einseitige Ausrichtung auf Effizienzsteigerung aber netto nur zu einer Verdichtung der Arbeit. Die Schulen erhalten mehr Autonomie in Bezug auf ihre Budgetverwaltung und Personalauswahl. Klingt gut, allerdings werden die Schulen gleichzeitig in Konkurrenz gesetzt und unterm Strich zu einem rigiden Sparkurs gezwungen. Dieser Druck wird über die Schulleitungen direkt an das Kollegium weitergegeben. Konnten Lehrer früher angeblich machen was sie wollten (solange sich niemand beschwert), wird heute im Rahmen des Beurteilungssystems eine kontinuierliche Leistungserfassung und -bewertung durch Dienstvorgesetzte vollzogen.

Und so wenig Kühe durchs wiegen fetter werden, wird der Unterricht durch Kontrolle besser. Lediglich die Selbstvermarktungsstrategien der Lehrer erhalten einen Schub. „Verkaufe“ ich mich gut, kann ich mir Hoffnung auf Beförderung machen, bin ich ungeschickt in der Außendarstellung bleibe ich das was ich bin: ein unzufriedener Lehrer. Eigentlich gar nicht schlimm, ich wollte ja Lehrer werden und die Aufstiegsmöglichkeiten sind so begrenzt, dass es ohnehin nur eine theoretische Perspektive darstellt.

Das Personalbeurteilungssystem ist dennoch wirkungsmächtig: Es führt bei vielen zu einer weiteren Ausweitung des persönlichen Engagements, dies ist durchaus intendiert. Aber als ein bedeutender, wenngleich offiziell nicht erwünschter Effekt lässt sich eine verschärfte Vereinzelung und Entsolidarisierung innerhalb des Kollegiums beobachten. Die Struktur des Beurteilungswesens verhindert es, sich gemeinsam mit dem Vorgesetzten oder anderen Kollegen über Belastungen, Überforderung und Unzufriedenheiten zu verständigen. Stattdessen ist zu beobachten, dass von vielen Kollegen Omnipotenz und Leistungsbereitschaft mithilfe kalkulierter Showeffekte vorgegaukelt werden und das gut kaschierte Mobbing angeblich schwächerer Kollegen zunimmt. Das Lehrerzimmer mutiert zu einem Laufsteg von leuchtenden Selbstvermarktern, die gemeinsame Verständigung über das kollektive Burnout wird zugunsten individueller Verdrängungs- (Alkohol) und Bewältigungsmuster (Hörsturztherapie) eingestellt. Als individuelle Antwort treten viele KollegInnen die „Flucht in die Teilzeit“ an.

»KRISENZEITEN

Ich krieg' die Krise ...und das Bildungssystem auch

Jahrelang wird uns die neoliberale Leier gepredigt, der Staat sei pleite und der Markt könne eh alles besser regeln. So wurde auf der einen Seite der autoritäre Charakter des Sozialwesens offener gemacht: geringere Sozialbezüge, mehr Schikanen auf dem Amt. Aber auch die Privatisierung und Deregulierung eines Großteils des Sozialsektors wurde so begründet: Rente und Krankenhäuser verkaufen, Schulen in die „Autonomie“ entlassen, Privatuniversitäten fördern und Studiengebühren einführen. Jetzt, wo der Markt angeblich versagt, zu „turbokapitalistisch“ und „renditefixiert“ gewirtschaftet wurde, feiert die staatliche Investition ihr „Comeback“. Tausende von Milliarden Euro tauchen aus dem Nichts auf, um „die Wirtschaft zu stabilisieren“, „Arbeitsplätze zu sichern“, kurz: den Laden am Laufen zu halten. Und das geht augenscheinlich auch, ohne die Einschnitte der letzten Jahre im Sozialbereich rückgängig zu machen, den ALGII-Satz zu erhöhen oder die Praxisgebühr wieder abzuschaffen. Den Angestellten, wie auch den Betroffenen dieses Sektors dämmert es schon wieder: sie sind das fünfte Rad am Wagen, hauptsächlich eben ein Kostenfaktor, der sich gerade noch geleistet wird, um „soziale Unruhen“ und sonstige Unmutsbekundungen seitens der Angeschissenen einzuhegen. Es wird nicht mehr

»Entschleunigung jetzt!

Ein zentraler Strang von Forderungen im Bildungsstreik richtet sich gegen die massive Verdichtung von Arbeit und den immensen Druck, dem wir in der Schule und der Uni ausgesetzt sind. Wir sollen in 12 Jahren durch die Schule gehetzt werden, in 3 Jahren durch den Bachelor, um uns danach möglichst früh auf dem Arbeitsmarkt zu verausgaben bis wir vollkommen ausgebrannt sind. Darauf haben wir keine Lust! Wir wollen Freizeit haben und Zeit, um uns mit den Themen die wir spannend finden ausgiebig zu beschäftigen. Konkret heißt das: Wir streiten für die Abschaffung von Noten, dafür dass wir uns selbst aussuchen können, was und wie lange wir studieren, gegen Anwesenheitspflicht, für Masterplätze für alle, und dafür, dass die Bachelor-Studiengänge „entschlackt“ werden - so dass das Arbeitspensum pro Woche überschaubar bleibt. Wir können die Forderungen selbst umsetzen! Wir lassen Anwesenheitslisten und Klassenbücher verschwinden, finden Wege wie wir den Bachelor auf 4 Jahre ausdehnen können.

Wir gestalten Uni und Schule nach unseren Vorstellungen und wenn es Stress gibt, machen wir Rabatz!t

lange dauern, bis „Krise“ auch als Argument für den weiteren Sozialkahlschlag herhalten wird. LehrerInnen und ErzieherInnen bekommen es schon jetzt brühwarm serviert: weder gibt es bemerkenswerte Lohnerhöhungen, noch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Von denen sind dann auch die vermeintlichen NutznießerInnen der Bildungspflicht, also SchülerInnen, Hortkinder und Auszubildende betroffen: übervolle Schulklassen, schlechte Ausstattung mit Spiel- und Lehrmaterial, rottende Räume. Alle sollen sich an die x-te „mal wieder den Gürtel enger schnallen-Zeit“ gewöhnen, kostensparend und konform. Das gesamte politische und wirtschaftliche Establishment zückt dafür auch schon wieder die Deutschlandkarte: wer zu viel fordert, zu unzufrieden ist, der kümmerge sich nicht um seine Nation und das „Gemeinwohl“. Genau. Denn wir wollen uns nicht länger blenden lassen von Ideologien, die die Ohnmächtigen nur weiter auf die Zwecke Anderer verpflichten sollen, die nur erklären sollen, warum Weiterschuffen und Weiterstillhalten so notwendig für alle sei. Wenn wir den Bildungssektor bzw. Bildung allgemein als den Ort bzw. den Bereich hegemonialer Ideologie- und Produktivkraft-Reproduktion verstehen (lernen), dann können wir dessen Bedeutung für die gesamtgesellschaftliche Reproduktion kaum überbewerten. Sich der weiteren Zurichtung und Verwertung für kapitalistisch-nationalistische Zwecke zu widersetzen, heißt quasi, diesen den Hahn abzudrehen und das ganze Krisengequatsche aus Politik und Wirtschaft mit Missachtung zu strafen.

Dafür bedarf es allerdings mehrererlei:

Erstens: einer kämpferischen Aufklärungs- und Aneignungspraxis auf der Ebene der Einrichtungen: Auszeiten für kollektive Debatten und Aktionen nehmen
Zweitens: einer Solidarisierung der unterschiedlichen, häufig gegensätzlich erscheinenden Betroffenen: von LehrerInnen und SchülerInnen, von ErzieherInnen und (Un-)Erzogenen, von AssistentInnen und AssistenznehmerInnen...

Drittens: eines politischen Bildungsstreiks, der mehr ist als nur ein schul- oder arbeitsfreier Tag: eine Absage an den Zurichtungs- und Selektionszwang, eine Solidarisierung mit anderen sozialen und politischen Kämpfen, eine Perspektive auf ausbeutungs- und herrschaftsfreie Verhältnisse

»Wer ist Avanti?

Avanti - Projekt undogmatische Linke ist eine Organisation, die auf lokaler und überregionaler Ebene verschiedenste Teilbereichspraxen zusammenführen will. Zur Zeit sind wir hauptsächlich in den Feldern Antifaschismus, Antimilitarismus, Antirassismus, soziale Kämpfe, Geschlechterverhältnisse und Bildung aktiv, initiieren dort Debatten und Praxen und sind an entsprechenden Bündnissen beteiligt.

Unser strategisches Ziel ist die Organisierung eines linkspolitischen Spektrums, das die Marginalisierung der radikalen Linken und ihrer Positionen überwindet und selbstbewusst in soziale und politische Auseinandersetzungen eingreift. Dafür ist ein undogmatischer Umgang mit Theorie und Praxis unabdingbar. Nur so können wir einen revolutionären Anspruch an die herrschende Gesamtscheiße aufrechterhalten: mit klaren antikapitalistischen, antirassistischen und antipatriarchalen Positionen.

Avanti besteht derzeit aus Ortsgruppen in Lübeck, Kiel, Flensburg, Norderstedt, Hamburg, Hannover und Bremen (plus Berlin in Gründung). Unseren organisatorischen Vorstellungen nach versuchen wir Basisdemokratie und die Autonomie lokaler Gruppen mit Verbindlichkeit und zentralen koordinierenden Strukturen zu verknüpfen.

„Unsere Überzeugung war und ist, dass die heutige Gesellschaft revolutionär verändert werden muss und dass die hierfür notwendige gesellschaftliche Gegenmacht nicht allein aus spontanen Bewegungen bestehen kann, sondern die Beteiligung revolutionärer Organisationen braucht.“

Weitere Infos und unser Grundsatzpapier findet ihr unter:

www.avanti-projekt.de